

23. OKT. 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21884 - 33
Fernschreiber 0286590

E/XIV/241 - 23. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Kriegsopfer müssen warten Nach der Kriegsopfer-Debatte im Bundestag Von Konrad Schayer	98
3	Bundesrundfunkanstalt durch Verwaltungsakt ? Von Karl Wittrock, MdB	27
4	"Vorfaschistisches Klima" ? Der Umsturzplan der Ultras Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	45
5 - 6	Entwicklungskontinent Lateinamerika Soziale Erscheinungen in einem tiefgehenden historischen Prozeß Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant	91
7	Ein Husarenritt in Genf Pressefreiheit in Lande der Freiheit attackiert	50

* * * * *
* * *

"Kamerad, stirb schneller"

Ausgangs- und Endpunkt von Blanks Betrachtung war, daß es ihm lediglich obliege, denjenigen Betrag, den Adenauer und Etzel aus ausreichend für die Kriegsoffer befunden hatten, "jetzt gerecht zu verteilen". "Im Topf sind", so predigte Blank, "nur 550 Millionen DM." Dabei könne man nur für die "Ärmsten" unter den Kriegsoffern eine fühlbare Erhöhung der Renten verschaffen. Diesen Bedürftigen zuliebe sollten alle übrigen Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen auf jede (Grund-) Rentenerhöhung verzichten. Das ganze lief unter dem Motto "Appell an die Solidarität der Kriegsoffer". Nur wenn der Kreis der Kriegsoffer kleiner wird, ist bei dieser Einstellung zu den Dingen Raum für eine allgemeine Rentenerhöhung, d.h. für eine Erhöhung der Grundrenten. Folgerten die Kriegsoffer mit Galgenhumor: "Kamerad, stirb schneller!"

Die CDU-Regierung hat sich nun doch für eine Erhöhung der Grundrenten entschieden. Ob es spätgewonnene Einsichten oder die Protestversammlungen und Schweigemärsche waren, die - im Hinblick auf den Wahltermin 1961 - den Ausschlag hierfür gaben, wer weiß es? Aber Blanks Ausgangsthese ist dennoch für die CDU-Regierung gültig geblieben: Der Topf, der für die Kriegsoffer da ist, darf nicht größer werden. Es geht nur um die Verteilung des Inhalts. Blieb nur ein - allerdings bedeutsamer - Unterschied zu Blank's erster Vision: Diesmal soll nicht die Gesamtheit der Kriegsoffer zu Gunsten der Bedürftigen, sondern umgekehrt sollen die Bedürftigen zu Gunsten der übrigen Kriegsoffer zur Ader gelassen werden. Damit ab Juni 1960 die Rechnung für die Grundrentenerhöhung aufgeht, sollen auch die bedürftigen Kriegsoffer bis zum Sommer 1960 keinen blanken Pfennig mehr bekommen. So hat sich Blank den Sieg seiner Konzeption allerdings nicht vorgestellt!

Solidarhaftung

Nicht eine Solidarhaftung unter den Kriegsoffern, sondern nur eine Solidarhaftung des ganzen deutschen Volkes für die Kriegsfolgen muß Ausgangspunkt sein. Hieraus folgt eine sozial gerechte Umschichtung der Lasten, die der einzelne deutsche Bürger zu tragen hat. Diejenigen Bürger, die in den letzten Jahren einen Vermögensgewinn von mehreren 100 Millionen DM erzielen konnten, sollten eher in der Lage sein, auf ihrem starken Rücken etwas von der Last der Kriegsofferversorgung zu tragen, als die in ihrer Leistungsfähigkeit benachteiligten Kriegsoffer. In den letzten drei Jahren hat ein einziger bekannter westdeutscher Milliardär allein einen Vermögenszusatz aus seinem Aktienbesitz von einer halben Milliarde DM erzielt.

Blank ist im Bundestag die Antwort darauf schuldig geblieben, ob er noch heute zu seiner Aussage steht, "daß man Unsummen vergauden würde, wenn man die Grundrenten für die Kriegsoffer erhöhen" wollte. Er hat darüber ebenso beharrlich geschwiegen, wie sein Kanzler Adenauer, der es seinerzeit mit seinen politischen Richtlinien wohl vereinbaren konnte, daß die Ministerpensionen sehr fühlbar erhöht, die Kriegsoffergrundrenten aber festgefroren wurden.

+ + +

Bundesrundfunkanstalt durch Verwaltungsakt?

Von Karl Wittrock, MdB.

Maßgebliche Befürworter eines CDU-gelenkten Rundfunks haben sich eine neue Idee zur Verwirklichung ihrer Pläne einfallen lassen: Sie glauben, der Auseinandersetzung um den verfassungswidrigen Entwurf eines Bundesrundfunkgesetzes dadurch entgehen zu können, daß die Bundesregierung durch einen Verwaltungsakt nach dem Formeldeanlagengesetz von 1928 die vorgesehenen Rundfunkanstalten gründet.

Dieser Versuch, mit leichter Hand die CDU-Pläne zu verwirklichen, ist offenkundig verfassungswidrig und deshalb untauglich.

Ein Blick in das Grundgesetz läßt erkennen, daß nach Artikel 87 Abs. 3 GG die Errichtung einer Bundesanstalt nicht nur die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für das in Betracht kommende Sachgebiet erfordert, sondern daß darüber hinaus der Akt der Anstaltsgründung selbst nur durch ein Bundesgesetz erfolgen kann; nicht aber durch einen einfachen Verwaltungsakt.

Selbst wenn man meint, die Errichtung einer Rundfunkanstalt durch Verwaltungsakt werde wegen des gewiß zu erwartenden Verfassungskonfliktes zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes führen, durch welche die umstrittene Frage der Gesetzgebungskompetenz schnell geklärt werde, so irrt man. Das Bundesverfassungsgericht braucht in diesem Verfahren nicht zu prüfen, ob der Bund die Gesetzgebungskompetenz besitzt. Es wird feststellen, daß schon die andere Voraussetzung des Grundgesetzes für die Errichtung einer Bundesanstalt fehlt, daß nämlich diese Anstalt nicht durch Gesetz errichtet ist. Der Schachzug, den die CDU-Rundfunk-Eiferer erwägen, wird sie ihr Spiel nicht gewinnen lassen.

Es zeigt sich auch hier, daß maßgeblichen Kreisen der CDU nicht nur der Sinngehalt, sondern auch der klare Wortlaut der Verfassung fremd geworden ist.

"Vorfaschistisches Klima" ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Umsturzplan der rechtsradikalen Ultras wurde jetzt vom Generalsekretär der gaullistischen UMR, Chalandon, auf einer Parteikonferenz offen zugegeben: "Parallel zu den Austritten (der Ultras aus der UMR) wurde ein ausgesprochener politischer Umsturz vorbereitet. In Algier und Paris wurden Bewegungen vorbereitet, um die Regierung zu stürzen." - In gleichem Sinne äußerten sich Premierminister Debré und der Fraktionsvorsitzende der UMR, Louis Terrenoire. Wird man aber daraus die Konsequenzen ziehen?

Man weiß heute, daß der frühere Ministerpräsident Bidault, Chef des RAF (Rassemblement pour l'Algérie Française), an der Spitze dieser Aufwühlbewegung steht. Es ist auch kein Zufall, daß die Wohnungen Bidaults und anderer Persönlichkeiten von Polizei bewacht sind, obwohl sie keineswegs gefährdet zu sein scheinen. Es handelt sich in diesen Fällen offensichtlich nicht so sehr um "Schutz", als um Überwachung. Man weiß auch, daß der korsische UMR-Rebell Pascal Arrighi Finanzminister der geplanten Regierung Bidault werden sollte und daß der Maiputschist Guy Ribeaud Verbindungsmann zwischen den Verschwörern in Paris und Algier war.

Die Reaktion auf die überraschende Polizeiaktion gegen die äußerste Rechte ist verschiedenartig. Die Verschwörer schreien Zeter und Mordio. "Sind die von Jules Moch aufgestellten Listen der Feinde der Republik denn immer noch gültig", fragt empört Biaggi, einer der Hauptverschwörer. "Polizeiliche Einschüchterungsmaßnahmen unter dem Druck der Kommunisten", trompetet Le Fen. "Entfesselter Defaitismus" und "Provokation", heißt es im RAF-Kommuniqué, in welchem das Mittelrand-Attentat als "Behauptung" unter "eigenümlichen Umständen" abgetan wird. Und die "Volksbewegung des 13. Mai" (MP 13) protestiert gegen die "schändlichen" Verhaftungen und die "infamen" Haussuchungen. Wie man sieht, die Verschwörer sind nicht leicht in Verlegenheit zu bringen.

Bis jetzt wurden nach den ungefähr 80 Haussuchungen in Paris, Marseille, Lyon, Lille, St. Etienne, Toulouse, Carcassonne und Bordeaux überhaupt keine Verhaftungen vorgenommen; auch Antoine Mollero, Mittäter bei der Ermordung des liberalen Zeitungsdirektors Lemaigre-Dubreuil befindet sich weiterhin auf freiem Fuß.

Die Öffentlichkeit läßt sich nicht mehr täuschen. Die Linkspresse verlangt mit Nachdruck, daß jetzt nicht auf Schachfiguren Jagd gemacht wird, sondern daß man die Hauptträdelsführer festnimmt, die wohlbekannt sind. Die Rechtszeitung "Paris-Presse" hat sogar die Aufhebung der Immunität gewisser Abgeordneter angekündigt, sowie "Unannehmlichkeiten" für gewisse Militärs. "Wartet man, bis ein neuer 13. Mai fast gelungen ist oder schwere Unruhen ausbrechen, bevor man die wirklichen Urheber packt?" fragt "Le Monde". Die Liga für Menschenrechte spricht von einem "vorfaschistischen Klima" und die Pariser progressistische Morgenzeitung "Libération" ruft zu "doppelter Wachsamkeit der ganzen Linken". Das sozialistische Zentralorgan "Populaire" fordert schließlich "rasches und entschlossenes Vorgehen".

Entwicklungskontinent Lateinamerika

Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant

Das bewegte Bild der lateinamerikanischen Entwicklung, das so oft durch paradoxe Widersprüche und ohnmächtige Konvulsionen beherrscht wird, verhindert meist die Sicht, dass es sich um soziale Erscheinungen in einem tiefgehenden historischen Prozess handelt. Besonders in der Presse wird das Gesamtbild überschattet durch die schnelle Folge der Meldungen aus den zwanzig verschiedenen lateinamerikanischen Ländern und dem Strom an Nachrichten über Ereignisse, Konferenzen, Verhandlungen, Auseinandersetzungen, Streiks, Tumulte und Bombenattentate. Doch geht es bei alledem in immer mehr lateinamerikanischen Ländern, sei es auch in den widerspruchsvollsten und in den vielgestaltigsten Erscheinungsformen, um die gleiche Grundfrage: wie endlich aus dem Zauberkreis der sozialökonomischen Rückständigkeit herausgelangen?

Doppelgesicht

Der Standort Lateinamerikas in diesem historischen Prozess, der heute immer mehr universell wird, weil er in raschem Tempo alle erwachenden Völker erfasst, unterscheidet sich wesentlich von der Ausgangsposition der anderen beiden erwachenden Kontinente Afrika und Asien. Gegenüber Asien hat Lateinamerika kulturhistorisch den Nachteil aufzuweisen, dass es in der Vergangenheit bereits zweimal einen tiefen Bruch in der Entwicklung durchgemacht hat. Asiens Aufstieg, ganz gleich ob er auf den Wegen Japans, Chinas oder Indiens verwirklicht wird, hat zum Inhalt, dass hier die bislang schlummernde Urkraft der Völker durch eine neue schöpferische Verbindung mit dem Gedankengut Europas und den Produktionserfahrungen Nordamerikas plötzlich mobilisiert wird. Im wesentlichen war das seinerzeit auch die Ausgangssituation und der weiterwirkende Impuls im modernen Aufstiegsprozess des halbasiatischen Russlands.

Die Völker Lateinamerikas dagegen sind in ihrer viel längeren Geschichte der kolonialen Unterwerfung und Versklavung und dann der halbkolonialen Ausbeutung einem tiefgehenden Zersetzungsprozess unterworfen. Asien ist auch in der kolonialen Verstrickung relativ unberührt geblieben - und dies vor allem wegen der vorherrschenden Immobilität, die als "asiatische Starre" gedeutet wurde, und die zusammen mit der geistigen Abgeschlossenheit und dem unaufhörlichen Bevölkerungszuwachs sehr lange eine gärende aber quasi doch abgeriegelte Welt mit überkommenen Lebensformen bildete. Die dünne Bevölkerungsmasse des lateinamerikanischen Kontinents ist aber ursprünglich nicht nur unterworfen worden, sondern war dann durch Jahrhunderte hindurch physisch, geistig und sozial dem ständigen Druck der "Assimilierung" ausgesetzt, der von der Aussenwelt in immer neuer Gestalt hineingetragen wurde. Nicht zufällig sah die Welt seit langer Zeit das Bild Asiens in der Gestalt eines schlafenden schrecklichen Riesen. Lateinamerika dagegen existiert in der Vorstellung als Doppelgesicht: da ist gleichzeitig

der traurige und demütige Indio, der gebeugt und unbewegt in einer trostlosen Landschaft hockt und unweit von ihm sein eigener Vetter, ein trotziger und wilder Rebell, eine Mischung von verwegenen spanischen "Rittern" und kampfgeübten indianischen Kriegerern, gestikulierend, leidenschaftlich erregt, todesentschlossen.

Erste Veränderungen

Mit dieser Doppelgestalt sind gleichzeitig auch die Züge des Abrupten, des Widersprüchlichen und Paradoxalen, des Plötzlichen und Vulkanischen im Gesamtbild Lateinamerikas umrissen. Es ist die Bildskala des Menschen und der Landschaft in Lateinamerika. Auch nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit der früheren spanischen Kolonien blieb in den meisten Ländern Lateinamerikas der Typ des traurigen Indios vorherrschend. Denn nationale Unabhängigkeit und nationale Freiheit blieb im wesentlichen eine Angelegenheit der städtischen Kreolen und der ländlichen Besitzer. Die soziale Lage der Geschundenen und "unwissenden" Indios blieb vorerst unverändert. Die Änderung und das starke Hervortreten des anderen des rebellischen Hauptzugs im Gesicht Lateinamerikas begann zuerst in Mexiko vor kaum fünfzig Jahren mit dem Sturz der Diktatur Porfirio Diaz. In Venezuela trat der Umschwung erst vor einem Vierteljahrhundert mit dem Tod des Tyrannen Gomez ein. In Guatemala ist die Entwicklung noch jüngeren Datums und nimmt ihren Anfang mit der Verjagung des Generals Ubico. Heute ist der gebückte und traurige Menschentyp in Lateinamerika eigentlich nur noch in den isolierten Gegenden und in den wenigen Ländern vorherrschend, in denen noch eine Militärdiktatur das Volk niederhält - in Paraguay, auf Santo Domingo, in Nicaragua.

Neue politische Gestalten

Dass die Unterdrückung in rebellischer Geist umschlägt und dass die aufgestaute Rebellion nach ihrem Sieg überschäumt, das ist ein Zusammenhang, der in Lateinamerika wie ein soziales Naturgesetz wirkt. Fidel Castro als Führer der siegreichen kubanischen Rebellion ist genauso ein Produkt dieser lateinamerikanischen Entwicklung, wie die ähnliche kämpferische Etappe der mexikanischen Revolution einen Pancho Villa und einen Emiliano Zapata hervorgebracht hatte. Aber im Gesamtprozess der gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas gehören sowohl die Batistas als die Gegenbatistas zu politischen Formationen, die hier keine Zukunft mehr haben. Dort wo in Lateinamerika der allgemeine obligatorische Unterricht und die Volksebildung eine echte Basis für eine demokratische Entwicklung abgibt, dort wo die Agrarreform die ländlichen Massen von den feudalen Fesseln befreit, und dort, wo in der Wirtschaft weder frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse noch halbfaschistische soziale Demagogie die bedeutenden Anfänge der Industrialisierung in Frage stellen, da treten neue politische Figuren hervor, die sich ganz den grossen konstruktiven Aufgaben widmen. Das Mexiko von heute, und mit ihm solche lateinamerikanischen Länder wie Uruguay, Venezuela, Costa Rica und Puerto Rico, bieten eine Vision von der weiteren Entwicklung des lateinamerikanischen Kontinents zu sozialem und politischem Fortschritt.

Ein Husarenritt aus Genf

KvK. - Ausgerechnet Bernard Beguin, der verdienstvolle schweizerische Rufer während der Hitler-Zeit und Chefredakteur des "Journal de Genève" fordert soeben "das Verbot, die Beschlagnahmung oder ein Zurückhalten zur Prüfung vor ausländischen Zeitungen" und attackiert damit die Pressefreiheit.

Es ist bedauerlich, daß es gerade ein so hervorragender Journalist und dazu noch ein Schweizer sein muß, der die schweizerische Presse befremdet und ausländische Kollegen, mit geziemendem Respekt vor der inneren schweizerischen Auseinandersetzung, verwundert und zum Widerspruch herausfordert.

Beguin's Forderung ist veranlaßt worden durch den mysteriösen Mord an einem Säugling in Genf, den ausländische Zeitungen - in diesem Fall besonders französische - groß herausbrachten und der von einigen Pariser Boulevard-Blättern allzu sensationell garniert worden ist. Darüber regt sich Beguin auf und verlangt Verbot, Einfuhrsperre der Zensur ausländischer Presseerzeugnisse, ohne wohl recht zu überlegen, welche Konsequenzen eine solche Maßnahme - politisch gesehen - haben könnte.

Als Ausländer versagen wir uns selbstverständlich, in den Hintergrund von Beguin's Attacke hineinzuleuchten, zumal er auch noch Präsident der "Schweizer Presse" ist, was die Angelegenheit noch weit schwieriger macht. Als Kriterium geben wir nur die Meinung der "Basler National Zeitung" wieder, die schreibt:

"Manchmal sind die Berichte französischer Blätter tatsächlich nicht korrekt und enthalten sogar Details, die "aus dem Daumen gezogen" sind. Andererseits legen sich die meisten Genfer Zeitungen bei der Berichterstattung über Kriminalfälle, in welche Mitglieder der Genfer Gesellschaft verwickelt sind, eine derart ungewöhnliche Zurückhaltung auf, daß der Genfer Leser häufig gezwungen ist, sich durch französische Blätter informieren zu lassen. Weil durch diese Zeitungen zweifellos hier und da einmal neben vielen richtigen auch einige falsche Nachrichten veröffentlicht werden, durch welche irgendeine Person der hohen Genfer Gesellschaft womöglich unschuldigerweise in ein falsches Licht gerückt wird, will Bernard Beguin den Verkauf ausländischer Zeitungen in der Schweiz verbieten lassen und die ausländischen Zeitungen von der materiellen Seite angreifen ... Diese Auslassung wird noch Proteste zur Folge haben. Auch das Internationale Presse-Institut wird die Angelegenheit aufgreifen".

Soweit die schweizerische Meinung der "National Zeitung" in Basel. Wenn wir auch der festen Überzeugung sind, daß der faux pas des Präsidenten der "Schweizer Presse" von den Journalisten der Schweiz wieder auf den richtigen Tritt gebracht wird, so wenden wir uns als Journalisten und Demokraten gegen jeden Versuch, die Presse-Freiheit zu behindern oder einzuschränken. Ganz gleich, von wem und aus welchem Lande derartige Unternehmungen kommen. Sie könnten bei anfälligen Gemütern und Institutionen allzu leicht Schule machen, zumal, wenn es ausgerechnet ein Bernard Beguin ist, der sich als ihr Lehrmeister hergibt.